

## Bei der Berliner Justiz liegt eine bösartige Verrohung über alle Grenzen des noch Erträglichen vor. Aufklärung: Nein Danke.



AUTHOR: [Heinz Faßbender](#)

6. April 2024

Lesezeit 10 min.



Im Fall eines sexuell missbrauchten Kindes und ein unerklärlicher Schuldeneintrag in Höhe von 135.000,- € bei der Berliner Verfolgungs-Justiz, gegen eine Mutter, die um Aufklärung des Missbrauchs bei den Berliner Justizbehörden kämpft, herrscht das Schweigen der Lämmer, ganz im Sinne von Täter-Wissen der Justiz- und Behörden-Gewaltigen.

## Täterwissen

Jetzt haben wir einen renommierten Berliner Kinderschützer und Anti-Mobbing-Trainer, der sein Kinderschutz- u. Anti-Mobbing-Geschäft als eigene Marken-Firma betreibt, gebeten, bei der Aufklärung des Falles behilflich zu sein, weil die verantwortlichen Behörden sich verweigern – wie üblich – wenn sie im vollem Umfang komplett versagt haben. Hier sind mehrere Fälle von Jugendamt- u. Familiengerichts – Skandalen beschrieben worden und die verschleppten Kinder schreien tötlich nach Hilfe für einen menschlichen Kinderschutz. Herr S. wir brauchen Sie! Der durch Funk- Medien und Fernsehen bekannte Trainer und Kinderfreund hatte schriftlich in diesem Fall durch ein Kölner Anwaltsbüro angezeigt, sich für den Fall zu interessieren. [Hier der Mail Verlauf](#)

[zum Blog](#)

# JustizSkandale by Heinz Faßbender

Nach dem Motto:

Aktenzeichen  
ungelöst



bekommen wir dann vielleicht den Fall gelöst. Ein Segen für die Mutter und ein Segen für das Kind – dank des bekannten Kinderschützers, der hoffentlich zusagt.



Sexuelle Gewalt gegen Kinder  
„Erschreckende Wirklichkeit dürfen wir nicht verschweigen und verharmlosen!“

Diese Zusage ist auch bitter nötig, denn das Amtsgericht Spandau als Eintragungstatort einer für eine Krankenschwester unbezahlbaren Summe von 135.000,- €, ohne Nachweis das es überhaupt einen Gläubiger gibt – reagiert wie ein auf frischer Tat ertappter Amtstätter. Nix sehen, nix sagen, nix hören – der typische Beamtenumgang mit dem Steuerzahler, der dieses Klientel aushalten und versorgen muss.

**Wir hatten hier ausführlich berichtet:** [lesen sie dazu mehr hier.](#)

Selbst die Fortsetzung führte bei den Sturköpfen in Verwaltung und Justiz nicht zum überaus notwendigen Aufklärungserfolg. [die Fortsetzung](#) Auch Zitate aus den Akten wurden nicht zur Selbstüberprüfung genutzt, den Fall neu zu gewichten. [Ausführlich hier zu lesen](#) So sehen sich die Behörden-Elitären: Selbst wenn alles wegfliegt – ich bin der Geist der Wahrheit und keiner kann mir was.

In dieser Geschichte kann Folgendes festgehalten werden. Es ist ein Starsinn der Juristen und Beamtschaft, die seinesgleichen sucht. Eine Geisteshaltung von Amts-Personen, die von Unnachgiebigkeit, Eigensinn, Engstirnigkeit oder auch geistiger Unbeweglichkeit mit enormem Vorurteilen geprägt ist, gepaart von einer krankhaften Selbstüberschätzung und einer gesellschaftspolitisch parasitären Eingenommenheit. Ähnliche Bedeutung haben die Begriff-Wörter Dickkopf, Dickschädel, Pedant, Sturkopf oder Starrkopf.

Und so hat das Amtsgericht Spandau auf unsere Anfragen reagiert bzw. eben nicht reagiert. Auf die Anfrage wie es zu einem Eintrag in der Höhe von 135.000,- € kommt eine Antwort, die ein Normalsterblicher nicht versteht.



**Amtsgericht Spandau**

*Nix hören, nix sehen, nix sagen, Typisch deutsche Juristen*

[zum Blog](#)

# JustizSkandale

by Heinz  
Faßbender

Am 28.03.24, 16:32 schrieb [Dezernat7@kg.berlin.de](mailto:Dezernat7@kg.berlin.de):

Sehr geehrter Herr Faßbender,

Ihren übersandten Unterlagen zufolge soll es sich um eine Forderung der Kosteneinzugsstelle der Justiz (KEJ) handeln. Hierzu kann ich Ihnen mitteilen, dass die KEJ Verfahrenskosten, also z.B. Gerichtsgebühren, Kosten für Sachverständige, aber keine Forderungen Dritter



eintreibt. Die Verfahrenskosten belaufen sich in aller Regel aber nicht im sechsstelligen Betrag. Auch macht die KEJ keine Zinsen geltend.

Paula Riester im Wiederholungsrausch der Nichtaussage.

Zu den von Ihnen genannten Aktenzeichen liegt eine Kostensache vor, die sich jedoch im unteren vierstelligen Betrag befindet.

Inwiefern weitere Forderungen Dritter gegen die betroffene Person bestehen, kann ich Ihnen nicht sagen. Mir liegen hierzu keine Informationen vor.

Mit freundlichen Grüßen,  
Paula Riester

## Unbelehrbar

**Hier die Unterlage mit Aktenzeichen:**

**Wer ist der Gläubiger?**

Titel: DR11 1214/16

Eingegangen am 29.08.2016; Fertiggestellt am 10.04.2017;  
Fertig; VAK an Drittgläubiger 10.04.2017

Gläubiger: Kosteneinzugsstelle der Justiz, Altstädter Ring 7,  
13597 Berlin

Az. 116200593009

Schuldner [REDACTED] 1, 13595 Berlin

Geboren am 02. [REDACTED]

Geboren in [REDACTED]

Geburtsland Deutschland

Geburtsname S [REDACTED]

Total Ford. Stand heute 137.684,77 Euro.

Gesamtforderungen ca. 109.125,89 EUR, Kosten 98,53 EUR,  
Zinsen 28.962,74 EUR, Zahlung 0,00 EUR

Die offenen Forderungen betragen EUR 109.125,89 + Kosten  
EUR 98,53 + Zinsen EUR 28.460,35

**Von:** [tv-journalistenbuero@email.de](mailto:tv-journalistenbuero@email.de) <[tv-journalistenbuero@email.de](mailto:tv-journalistenbuero@email.de)>

**Gesendet:** Donnerstag, 28. März 2024 16:48

**An:** KG Presse- und Öffentlichkeitarbeit <[Dezernat7@kg.berlin.de](mailto:Dezernat7@kg.berlin.de)>

**Betreff:** Aw: AW: AW: Ihre Anfrage an das AG Spandau vom  
21.03.2024

Guten Tag,

[zum Blog](#)

# JustizSkandale

by Heinz  
Faßbender



Journalist Heinz Faßbender

Also wird der Eintrag gelöscht?

Wenn es keine Forderungen gibt, warum steht der Eintrag denn drin?

Freundlicher Gruß

Heinz Faßbender

## Was ist

**Gesendet:** Mittwoch, 03. April 2024 um 09:47

**Von:** [Dezernat7@kg.berlin.de](mailto:Dezernat7@kg.berlin.de) **An:** [tv-journalistenbuero@email.de](mailto:tv-journalistenbuero@email.de)



Respektlos gegenüber dem Leid einer Mutter,  
der übel mitgespielt wurde.

**Betreff:** AW: Aw: AW: AW: Ihre Anfrage an das AG Spandau vom 21.03.2024

Sehr geehrter Herr Faßbender, andere, als die von mir genannte Forderung, sind bei der KEJ nicht vorhanden und können daher auch nicht gelöscht werden.

Mit freundlichen Grüßen,

Paula Riester

## Jetzt ist Schluss mit Lustig

**Von:** [tv-journalistenbuero@email.de](mailto:tv-journalistenbuero@email.de) <[tv-journalistenbuero@email.de](mailto:tv-journalistenbuero@email.de)>

**Gesendet:** Donnerstag, 4. April 2024 13:41

**An:** KG Presse- und Öffentlichkeitarbeit <[Dezernat7@kg.berlin.de](mailto:Dezernat7@kg.berlin.de)>

**Betreff:** Aw: AW: AW: AW: Ihre Anfrage an das AG Spandau vom 21.03.2024

**Priorität:** Hoch

Guten Tag Frau Riester,

Ich muss mich ernsthaft fragen, was in dieser reibungslos funktionierenden Verwaltungsmaschinerie der Justiz passieren muss, ehe diese Verrohungs-Maschinerie mal von ihrem hohen Rost der Arroganz der Macht absteigt.

Die Abgründe im gesamten Fall von totaler Ignoranz im scheinbaren Selbstverständnis als „Juristen“ das die Gleichheit aller vor dem Gesetz und den Schutz des Einzelnen zu achten ist, erlebt hier eine böseartige Ausgrenzung derjenigen die eben nicht dem erlauchten Kreis einer „geheimen Parallelgesellschaft“ des Beamten- und Juristenstaates angehören.

Wenn diese Privilegierten und Versorgten nur ein kleines Stück Verantwortung in Analyse einer Selbstreflexion übernehmen sollten oder noch können, dann müssten sie feststellen, dass schon die



[zum Blog](#)

# JustizSkandale

Nichtbeantwortung von Fragen, selbst wenn sie von Journalisten kommen, ein Tor hin zu einem totalitären System eröffnet, die besonders in Deutschland an die Wiederauferstehung grauer Zeiten erinnert. Zur Verantwortung, auch von Beamten und Beamtinnen in einer hierarchisch organisierten Verwaltung wird in beängstigender Weise **Nein** gesagt, da wo es das Recht und die Mitmenschlichkeit, ja, es sogar grundgesetzlich garantiert, gebietet. Es zeigt sich eine Haltung auf, vergleichbar „mit nach mir die Sintflut“, aber gleichzeitig mit brachialer Härte das Volk drangsaliieren und es zur strafrechtlichen Rechenschaft ziehen, selbst bei schieren Nichtigkeiten oder vollkommenen Belanglosigkeiten.

## „Nach mir die Sintflut!“

Selbst als Bürger des Landes oder als Mutter eines Kindes sind die beteiligten Verantwortlichen in diesem Fall nicht in der Lage, ihre Taten einzugestehen, weil sie alle wissen, dass sie nie zur Rede und Antwort herangezogen werden können. Nur so ist es zu verstehen, dass die Justiz für diesen Kampf einer Mutter diese mit hohen „Gebühren“ überzieht, obwohl die „Leistung“ aller Mitwirkenden eine absolute Schlecht-Leistung war und immer noch ist. Sie, diese Leistung, war verantwortungslos bis niederträchtig, teils sogar böseartig.

Hinzu kommt, dass diese Mutter, die eine Rechtspflicht zur Fürsorge ihres Kindes hat, eine in diesem Leben als Krankenschwester nicht mehr zu bezahlende Summe aufoktroiiert erhält, dass einem Hören und Sehen vergeht, und keiner weiß warum.

## WAS IST DENN DA LOS?!

Wie bitte konnte das denn passieren? Wer hat diesen „Eintrag“ konstruiert? Gibt es diesen Eintrag immer noch? Wie kann es sein, dass eine „Forderung“ der Justiz, eigentlich für die Verweigerung ein Kind vor sexuellen Missbrauch zu schützen, einige Tausend Euro kostet und seit Jahren eintreibt und diese Summe seit 2016 mit 135.000,- € in Ihren Unterlagen eingetragen ist, aber nichts passiert? Ist Ihnen bekannt, dass die arbeitende Mutter finanziell so am Ende ist, dass sie im Winter nicht heizen, geschweige denn warm Duschen konnten? Dieser schrecklichen Berliner Justiz total egal.

[Vielleicht werden Sie ja den Artikel zum Skandalfall gelesen haben.](#)

**Aus einer Vernehmung:**

Der Polizeipräsident in Berlin LKA 132 – 14717 – 1900 – 226032 KK'in Gretzler, Tel: +49 30 4664 913214
--



*Schneeflocken von Papa aufs Kind. Behördliche Verantwortungsethik wegen sexuellen Missbrauchs ist in diesem Fall in der Berliner Justiz nicht vorhanden.*

[zum Blog](#)

# JustizSkandale

by Heinz  
Faßbender

**Wir haben auch die Akten gelesen.** Von Anfang an wurden sehr große Fehler gemacht. Wie kann es denn sein, dass eine Polizeibeamtin in der Vernehmung einem spielenden 4-jährigen Kind erzählt, dass „es vor der Polizei die Wahrheit sagen muss“. Das Kind überhaupt kein Interesse hat, mit dieser „wahrheitsliebenden Beamtin“ zu sprechen. Und wenn das Kind zwischendurch dann sinngemäß erzählt, als der Papa gekommen ist, und mit ihm unter der Decke gepullert hat, dass da „weiße Schneeflocken“ bei Papa gekommen sind, und dieser Hinweis nicht entsprechend einem Straftatbestand bezüglich eines Missbrauchs interpretiert worden ist, was **BITTE** ist da los in den Köpfen dieser Juristen/innen. Selbstverständlich in diesem Fall bei Ihren Fach-Kollegen bei der Berliner Staatsanwaltschaft – oder dem Familiengericht – aber dort: „**still ruht da der See!**“ Eine unerträgliche Empathielosigkeit. Sie selbst tragen Schuld, dass das (ach so böse) Volk Ihnen die „Arschkarte“ oder den „Mittelfinger“ zeigt. Dann werdet Ihr aktiv mit Strafanzeigen wegen Beleidigung oder Verleumdung und kassiert für Euren Scheiß auch noch ab.

Frage: Hast du mal gesehen, ob aus Papa's Pipi was rauskommt?

Antwort: ( [redacted] hustet.) Ja.

Frage: Hast du mich verstanden?

Antwort: Ja.

Frage: Was hab ich dich gefragt?

Antwort: Ja, Schneeflocken.



Glauben Sie nicht, dass Sie als eine Mutter, Bürgerin des Landes, als Politikerin in einer ständig moralisierenden Partei (Grüne) und als Juristin schon alleine aufgrund dieses merkwürdigen Eintrages von 135.000,- € und der von mir beschriebenen Aktenlage den Fall vollkommen neu aufrollen müssten?

Wenn ja, dann nicht bei der Berliner Staatsanwaltschaft. Offensichtlich gibt es dort gute Verbindungen zu Größen, die insgesamt dann doch nicht so koscher sind – wie nach außen dargestellt. Vielleicht wird das ja demnächst doch noch aufgeklärt. Wer weiß das schon! Irgendwann kommt alles mal raus.

Vielleicht sollte die Potsdamer Staatsanwaltschaft den Fall neu bewerten. Denn das hier etwas nicht stimmt, haben unterdessen viele Interessierte die diesen Artikel gelesen haben in den sozialen Medien mitgeteilt.

Bitte beantworten Sie mir auch die oben gestellten Fragen. Ich werde dieses Schreiben beizeiten veröffentlichen.

Ich höre von Ihnen.

[zum Blog](#)

# JustizSkandale

by Heinz  
Faßbender

[Heinz Faßbender](#)

Journalist



**Gesendet:** Freitag, 05. April 2024 um 13:12 Uhr

**Von:** Dezernat7@kg.berlin.de

**An:** tv-journalistenbuero@email.de

**Betreff:** AW: AW: AW: AW: Ihre Anfrage an das AG Spandau vom 21.03.2024

Sehr geehrter Herr Faßbender, Paula Riester Politikerin und jetzt Justizsprecherin. Alles gesagt? Sicher nicht!

Ihre Fragen nach der Forderung der

KEJ habe ich in meinen letzten E-Mails beantwortet, so dass ich auf diese verweise.

Mit freundlichen Grüßen,  
Paula Riester

Guten Tag Frau Riester,

**Ihr Verhalten halte ich im Hinblick auf meinen Vortrag für unterirdisch. Sie verspielen sämtliche Autorität und jede staatliche Vollmacht, noch einmal irgendjemanden zu sagen, wie er/sie sich zu verhalten hat. Es wird immer absurder, wie viele verantwortungslose Juristen und Beamten vom Steuerzahler ausgehalten werden müssen.**

**Ihre Verrohung gegen Menschen, die vom Staat geschädigt wurden und werden, wird auf Sie zurückschlagen. Die Menschen haben die Nase gestrichen voll von der behördlichen Vernichtung aller zivilisatorischen und moralischen Werte und der von Ihnen**

**propagierten rechtsstaatlichen Demokratie, für die sie verlogener Weise, von den Institutionen die diese Demokratie zerstören, auf die Straße gerufen werden.**

**Ich werde jetzt den Bundespräsidenten bitten, sich der Sache anzunehmen – weil Sie offensichtlich bewusst unfähig sind, behördliches Versagen und Unrecht zu heilen.**

**Hochachtungsvoll**

[gez. Faßbender](#)

**Neue Anfrage – Neues Glück?**

**Aw: AW: AW: AW: AW: Ihre Anfrage an das AG Spandau vom 21.03.2024**

Von: tv-journalistenbuero@email.de

An: Dezernat7@kg.berlin.de

Datum: 07.04.2024 15:52:00

**Frau Riester,**

**Ich überlasse einen neuen Artikel zum genannten Fall: [Bei der Berliner Justiz liegt eine bösartige Verrohung über alle Grenzen des noch Erträglichen vor. Aufklärung: Nein Danke.](#)**

**Zugleich fordere ich Sie auf, sämtliche Forderungen, die gegen Frau Sa. vorliegend, hierhin mitzuteilen.**

Zudem verdient Frau Sa. als Krankenschwester ca. XXXX,- € und erhält davon ausgezahlt 1100.- € – wovon auch noch der Unterhalt an den mutmaßlichen Täter, wegen Verdachts des Kindesmissbrauchs, dem Kindervater zufließen. Kurzum, die Mutter hält mit Zustimmung der Justiz einen mutmaßlichen Kinderschänder aus.

Der unpfändbare Grundbetrag (Pfändungsfreigrenze) beträgt bis zum 30. Juni 2024 monatlich 1.402,28 Euro.

Frau Sa. hat, um Reduzierung des Pfändungsbetrages gebeten, und seit Wochen – wie üblich – keine Antwort erhalten. Wie kann das sein?

Für eine Veröffentlichungsfähige Stellungnahme habe ich mir den 11.04.2024 notiert.

Mit überaus vorzüglicher Hochachtung

Heinz Faßbender

Journalist